

Antrag 24/11/2019

Abt. Alt-Pankow

Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Organisationspolitischen Beschluss (Antrag 01/11/2018) (Konsens)

Trennung von Parteifunktion und Amt/Mandat in der SPD

1 Das gleichzeitige Bekleiden von gewählten Parteifunk-
2 tionen und Mandaten/Wahlämtern soll sich innerhalb
3 der SPD grundsätzlich auf der gleichen Ebene ausschlie-
4 ßen (also Ortsverein/Unterbezirk und Kommunalebene,
5 Landesverband und Bundesland sowie Bundespartei und
6 Bundesebene). Parteimitglieder sollen nach Annahme
7 von Mandaten oder Wahlämtern ihre Parteifunktionen
8 auf dieser Ebene niederlegen und für die Dauer ihres Man-
9 dates bzw. Wahlamtes nicht erneut für gewählte Partei-
10 funktionen auf dieser Ebene kandidieren.

11
12 Darüber hinausgehend soll gelten: Sofern das Statut eine
13 Mitgliedschaft in beratender Funktion bzw. qua Amt für
14 Träger*innen von Mandaten/Wahlämtern in einem Par-
15 teigremium vorsieht, sollen diese Mitglieder selbst dann
16 nicht für gewählte Parteifunktionen in diesem Gremium
17 kandidieren, wenn das Mandat/Wahlamt und das Partei-
18 gremium zu unterschiedlichen Ebenen gehören.

- 19
20 Die SPD Berlin wird
- 21 1. sich für eine entsprechende Umsetzung auf der
22 Bundesebene schon bei den anstehenden Partei-
23 wahlen im Dezember 2019 einsetzen.
 - 24 2. bei den Abteilungen und Kreisen im Landesverband
25 Berlin dafür werben, eine Trennung von Parteifunk-
26 tion und Amt/Mandat im oben genannten Sinne
27 erstmalig bei den anstehenden Parteiwahlen 2020
28 im Rahmen einer Selbstverpflichtung umzusetzen.
 - 29 3. die Trennung von Parteifunktion und Amt/Mandat
30 im oben genannten Sinne erstmalig bei den anste-
31 henden Parteiwahlen 2020 auf der Landesebene im
32 Rahmen einer Selbstverpflichtung selbst umsetzen.

33
34
35

Begründung

37 Die SPD, wie alle anderen Parteien in Deutschland be-
38 findet sich in einem strukturellen Dilemma. Aufgrund ei-
39 nes geänderten Wahlverhaltens der Bevölkerung sind in
40 den Parlamenten sechs oder mehr Parteien vertreten. Dies
41 führt dazu, dass zur Regierungsbildung entweder große
42 Koalitionen oder Koalitionen mit drei Partnern oder mehr
43 nötig sind. Beide Koalitionsmodelle führen in der Regie-
44 rungsarbeit automatisch zu einem Verwaschen der politi-
45 schen Erkennbarkeit und der Kernthemen der beteiligten
46 Parteien.

47
48 Damit die SPD sich aus diesem Dilemma löst, ein poli-

49 tisches Profil als Partei schärfen und stärken kann und
50 mit ihren Kernthemen wieder öffentlich wahrgenommen
51 wird, muss die Partei, bei aller gebotenen innerpartei-
52 lichen Solidarität, in der Lage sein, unabhängig von den Re-
53 gierungen mit SPD-Beteiligung oder den SPD-Fraktionen
54 zu agieren. Kritik am Regierungshandeln oder das Anbie-
55 ten von Gegenkonzepten, muss der SPD als Partei auch
56 dann möglich sein, wenn sie selber an der Regierung be-
57 teiligt ist. Dies ist sowohl politisch wie auch persönlich
58 nicht möglich, solange Parteifunktion und Amt /Mandat
59 in Personalunion ausgeübt werden.

60

61 Eine gute Anbindung von Träger*innen von Manda-
62 ten/Wahlämtern an die Partei sollte stattdessen durch be-
63 ratende Mitgliedschaften in Parteigremien sichergestellt
64 werden.